

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)
— Drucksache 11/1971 —

zum Antrag der Abgeordneten Frau Brahmst-Rock und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/1913 —

Vorhaben der Deutschen Bundesbahn, die Preise ab April 1988 zu erhöhen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/1971 – erhält folgende Fassung:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag bis zum 1. September 1988 ein Konzept zur Sanierung und Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn vorzulegen. Angesichts einer steigenden Verschuldung der DB von rd. 40 Mrd. DM in 1987 um 35 Mrd. DM auf rd. 75 Mrd. DM in 1995 sind diese Maßnahmen unaufschiebbar.

Fahrpreiserhöhungen mit Mehreinnahmen der Bahn von rd. 100 Mio. DM sind nicht das geeignete Instrument zur Lösung dieser Probleme. Sie können allenfalls erwogen werden als Bestandteil eines tragfähigen Gesamtkonzepts. Deshalb müssen sie bis zur Vorlage dieses Gesamtkonzepts unterbleiben.

Nötig sind:

- Wie bei den Bundesfernstraßen beschließt der Deutsche Bundestag den Bedarfsplan für den Ausbau des Schienenwegenetzes.
- Der Staat übernimmt – wie bei den Straßen – die Kosten für den Bau und die Unterhaltung des Schienenwegenetzes.
- Die Bahn zahlt eine Gebühr entsprechend dem Umfang der Schienennutzung (ähnlich wie der Straßenverkehr über die Mineralölsteuer).

- Der Staat trägt die Verluste der DB, die ihr aufgrund der Aufgaben erwachsen, die ihr der Staat im Interesse der Allgemeinheit auferlegt hat.
- Der Bund hilft die Bahn zu entschulden. Er übernimmt einen Teil der Schulden in den Bundeshaushalt.
- Die Führungsstruktur des Unternehmens wird modernisiert.
- Die überhöhten Versorgungslasten der DB werden in den Bundeshaushalt übernommen."

Bonn, den 9. März 1988

Dr. Vogel und Fraktion